

Anthony Giddens

KLIMAPOLITIK

Nationale Antworten auf die Herausforderung der globalen Erwärmung¹

Der Klimawandel ist auf bemerkenswerte Weise und in kürzester Zeit ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Naturwissenschaftler äußern schon seit einem Vierteljahrhundert ernsthafte Sorgen über die globale Erwärmung, und Umweltaktivisten bemühen sich seit mindestens ebenso langer Zeit darum, Regierungen und Bürger dazu zu bewegen, dieses Thema ernst zu nehmen. Doch erst in den letzten Jahren hat der Klimawandel massive Präsenz in der politischen Diskussion gewonnen, und zwar nicht nur in vereinzelt Ländern, sondern weltweit.

Warum, ist nicht ganz klar. Gewiss hat die Wissenschaft vom Klimawandel Fortschritte gemacht. Einen großen Teil der entsprechenden Erkenntnisse hat der Weltklimarat, das International Panel on Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen, ein sehr einflussreiches Gremium, in seinen Veröffentlichungen zusammengefasst. Auch die Aktivitäten des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore haben mitgeholfen, das öffentliche Bewusstsein in Sachen globaler Erwärmung zu schärfen. Beide sind für ihre Leistungen mit dem Nobelpreis belohnt worden. Mehrere Naturkatastrophen, die innerhalb weniger Jahre eintraten, haben das ihre zur Bewusstseinsbildung beigetragen. Es ist keineswegs erwiesen, ob der Wirbelsturm Katrina etwas mit der globalen Erwärmung zu tun hatte, doch der Umstand, dass eine Großstadt im reichsten Land der Welt von einem Tag auf den anderen untergehen konnte, war ein unübersehbares Signal dafür, dass uns noch Schlimmeres bevorstehen könnte. Während der Hitzewelle im Sommer 2003 starben in Europa 30 000 Menschen. Der Tsunami in Südostasien am Jahresende 2004, in dem zehnmals so viele Menschen umkamen, hatte mit dem Klimawandel überhaupt nichts zu tun, war aber eine machtvolle Erinnerung an die Urgewalt der Natur und unsere eigene Verwundbarkeit.

Was immer auch den Ausschlag gegeben haben mag, irgendwann wurde ein Hebel umgelegt. Der Klimawandel ist zu einem in den Medien allgegenwärtigen, fast täglich behandelten Thema geworden, dem sich eine immens anschwellende Flut von Büchern, Artikeln und Sendungen widmet, verfasst von Wissenschaftlern und Journalisten. Die meisten Staaten haben in Absichtserklärungen oder Programmen dargelegt, wie sie auf die Herausforderung antworten wollen.

Die Literatur zum Klimawandel lässt sich in mehrere Kategorien einteilen. Es gibt viele von Wissenschaftlern und anderen Autoren geschriebene Bücher zum Phänomen an sich und zu den damit einhergehenden Gefahren. Umfangreich ist auch die Literatur zu möglichen technischen Lösungen des Problems. Viele von denen, die über den Klimawandel schreiben, propagieren ihre Lieblings-Technologie, die in ihren Augen die größte Chance eröffnet, das sich abzeichnende Problem in den Griff zu bekommen. Für manche ist es die Solarstrom-Technik, für andere die Kernkraft oder die Kernfusion, die Brennstoffzelle, die Erdwärmenutzung, eine »saubere Kohleverstromung« oder ähnliches. Für die meisten liegt die Lösung in einem intelligenten Mix aus einigen oder allen diesen Technologien. Es liegen auch zahlreiche Veröffentlichungen vor über die verschiedenen Bemühungen um internationale Vereinbarungen zur Eindämmung der für die globale Erwärmung verantwortlichen Treibhausgase. Diskutiert werden dabei vor allem die Verträge von Kyoto und später Bali sowie die innerhalb der Europäischen Union ausgearbeiteten Pläne.

Die meisten Bücher und Artikel, die über »Klimapolitik« geschrieben worden sind, handeln von solchen internationalen Vereinbarungen. Ich möchte hier die vielleicht provozierende Behauptung aufstellen, dass es bis heute keine schlagkräftige Politik gegen den Klimawandel gibt, insbesondere nicht auf nationaler Ebene, wo die Mehrzahl der nötigen Maßnahmen ergriffen werden müssten. Will sagen: Es gibt keine ausgearbeitete Analyse der politischen Veränderungen, die wir vornehmen müssen, wenn unsere Bestrebungen, den Klimawandel zu stoppen, Wirklichkeit werden sollen. Ich möchte im Folgenden versuchen, einige der Fragen zu klären, die gestellt und beantwortet werden müssen – ohne dass ich einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe. Danach werde ich einen genaueren Blick auf Großbritannien werfen, als Beispielfall für die Probleme und Chancen, wie sie sich in mehr oder weniger allen Industrieländern dar-

stellen, soweit diese sich um politische Lösungen bemühen, die tatsächlich etwas bewirken. Zunächst einmal scheint es mir jedoch ratsam, kurz auf den Stand der Dinge in der Klimadebatte als solcher einzugehen.

Der Klimawandel: die Debatte

Nur sehr wenige Aspekte des Klimawandels sind unumstritten, und die Kontroversen zwischen den Protagonisten sind oft heftig und teils sogar bitter. Drei unterschiedliche Positionen lassen sich ausmachen. Auf der einen Seite gibt es Klimawandel-Skeptiker, die sagen, die These, dass die derzeit beobachtbaren Phänomene der globalen Erwärmung durch den Menschen verursacht seien, sei nicht erwiesen. Sie berufen sich darauf, dass es in der Erdgeschichte Klima-Fluktuationen als Folge natürlicher Vorgänge schon immer gegeben hat. Was gegenwärtig passiere, sei im Prinzip nichts anderes. Andere Skeptiker räumen ein, dass wir gegenwärtig einen Klimawandel erleben und dass menschliche Aktivitäten dazu beitragen, behaupten jedoch, die damit einhergehenden Gefahren würden übertrieben. Für diese Leute stellen andere globale Probleme wie Armut, AIDS oder die potentielle Verbreitung von Atomwaffen akutere und größere Bedrohungen dar als der Klimawandel. Die Zahl dieser Skeptiker ist in den letzten Jahren in dem Maß, wie die wissenschaftliche Erforschung des Klimawandels vorangekommen ist, erheblich geschrumpft, aber sie finden nach wie vor eine gehörige Resonanz.

Die zweite Position möchte ich als die *Mainstream-Meinung* bezeichnen (oder genauer als den *Fächer der Mainstream-Meinungen*), repräsentiert vor allem durch die Veröffentlichungen des IPCC. Das IPCC hat einen enormen Einfluss auf das weltweite Denken in Sachen Klimawandel entfaltet. Wenn heute ein Konsens über dessen Ausmaß und Gefahren besteht, so hat das IPCC einen großen Anteil an seinem Zustandekommen. Das entspricht auch dem erklärten Ziel des Gremiums, so viel wissenschaftliches Belegmaterial wie möglich zusammenzutragen, es einer rigorosen Prüfung zu unterziehen und zu umfassenden Schlussfolgerungen über den Stand der wissenschaftlichen Meinung zu gelangen. In seinen sukzessiven Veröffentlichungen hat das IPCC verschiedene mögliche Zukunfts-Szenarien skizziert und versucht, ihnen Wahrscheinlichkeiten zuzuordnen. Die Klimawandel-Skeptiker sehen im IPCC den Erzfeind eines freien und einzig der Wahrheit verpflichteten wissenschaftlichen

Denkens. Für sie ist der Weltklimarat zu einer Herrschaftsinstanz geworden, die entschlossen ist, die Welt durch eine bestimmte Brille zu sehen, zum Gralshüter einer neuen Orthodoxie. Die Skeptiker sehen sich selbst gern als freie Geister, die den Mut haben, das konventionelle Wissen ihrer Zeitgenossen in Frage zu stellen.

Die Schlacht zwischen den Skeptikern und der vorherrschenden wissenschaftlichen Meinung dauert an, wobei jede Seite dazu neigt, die Argumente der Gegenseite für unsinnig zu erklären. Es lässt sich heute jedoch noch eine weitere Meinungsdifferenzierung erkennen, nämlich die zwischen dem Mainstream und denjenigen Autoren und Forschern, nach deren Auffassung der Klimawandel sogar größere und akutere Gefahren heraufbeschwört als gemeinhin angenommen. Diese Leute, die ich hier als die »Radikalen« bezeichnen will, erklären, die Erforschung früherer, naturbedingter Klimafluktuationen zeige, dass man es bei Prozessen der Klimaveränderung mit Schwellen-Effekten zu tun habe. In früheren Erdzeitaltern hätten sich abrupte Klimaveränderungen vollzogen, manchmal innerhalb von nur zehn Jahren. Die Radikalen halten es zumindest für möglich, dass der aktuelle, menschlich induzierte Klimawandel etwas Ähnliches bewirkt. Es gebe mehrere potentielle »Auslösepunkte«. Dazu gehöre die Möglichkeit, dass die Eispanzer, die den antarktischen Kontinent und die Insel Grönland bedecken, schneller abschmelzen, als die Wissenschaft es bis heute für möglich hält, oder dass das Abschmelzen der gefrorenen Torfmoore im westlichen Sibirien und in Kanada Methan in großen Mengen freisetzt. Methan ist ein weitaus wirksameres Treibhausgas als CO_2 .

Manche Radikalen – wie der Naturwissenschaftler James Lovelock – sind der Überzeugung, es sei bereits zu spät, einen gefährlichen Klimawandel noch abzuwenden, und die Menschheit täte besser daran, das Gros ihrer Energien in den Versuch zu investieren, sich bestmöglich darauf vorzubereiten und Überlebensstrategien für diesen Fall zu entwickeln. Andere glauben, wir könnten die schlimmsten Folgen eines Klimawandels noch verhüten, müssten dann aber hier und jetzt weitreichende Maßnahmen ergreifen.

Wie sollen wir diese divergierenden Positionen einschätzen? Offensichtlich ist es von erheblicher Bedeutung, welche der drei skizzierten Auffassungen der Wahrheit am nächsten kommt. Die Skeptiker dürfen wir nicht ignorieren, und sei es nur, weil sie die öffentliche Meinung beein-

flussen. Interessengruppen, die eine Politik gegen die Klimawandel-These betreiben, und gewöhnliche Bürger, die nicht willens sind, ihre Denk- und Lebensgewohnheiten zu ändern, können einfach sagen: »Was soll's, nichts davon ist bewiesen, oder?« Man könnte den Skeptikern auch zugute halten, dass sie eine nützliche Rolle spielen, insofern sie die Klimawandel-Orthodoxie immer wieder auf den Prüfstand stellen und so verhindern, dass sie zu einem neuen Dogmatismus erstarrt. Das IPCC hat sich ein hohes Maß an Autorität verschafft, doch auch die Radikalen verdienen unsere Aufmerksamkeit, denn wenn sie recht haben, stehen wir womöglich schon in absehbarer Zeit vor gefährlichen Herausforderungen. Politische Führer sind verpflichtet, den Gang der Debatte zu verfolgen und neue wissenschaftliche Befunde kontinuierlich zu bewerten.

Wenn wir über Antworten auf den Klimawandel nachdenken, müssen wir unsere Aufmerksamkeit zu einem guten Teil dem Staat zuwenden. Internationale Vereinbarungen à la Kyoto oder Bali, die Klimaziele der EU, der Handel mit CO₂-Emissionsrechten, die Aktivitäten von Unternehmen und NGOs, all dem kommt zweifellos größte Bedeutung zu. Unbestreitbar ist trotzdem, dass in allen Ländern der Staat eine bedeutsame Rolle zu spielen haben wird als die Instanz, die Rahmenbedingungen für diese Anstrengungen setzt. Die Rolle, die in fortgeschrittenen Gesellschaften dem Staat zukommt, ist besonders wichtig, weil diese Länder eine Vorreiterrolle bei der Reduzierung ihrer Emissionen spielen müssen.

Auf nationaler Ebene stellt sich in solchen Gesellschaften ein ganzes Bündel von Problemen, die in Angriff genommen werden müssen. Wir können hier institutionelle von politischen Fragen unterscheiden. Ich mache erst gar nicht den Versuch, die große Zahl der zu diesem Thema erschienenen Arbeiten zusammenzufassen, sondern will die Gelegenheit nützen, einige Kernfragen zu stellen.

Institutionen: Staat und Planung

Demokratische Länder neigen, so könnte man argumentieren, von Natur aus dazu, sich von den kurzfristigen (oder kurzfristigen) Interessen und Bedürfnissen der Wähler treiben zu lassen. Wie können wir langfristig denken und handeln in Gesellschaften, die tendenziell von kurzfristigen Entscheidungszyklen beherrscht werden? Sicher müssen wir uns auf irgendeine Form der Planung zurückbesinnen, doch wie soll die

aussehen? Wie lassen sich in einem demokratischen System verbindliche Entscheidungen treffen, die auch einen Regierungswechsel überdauern? Es muss ein parteienübergreifender Konsens über eine langfristige Politik in Sachen Klimawandel erreicht werden – jenseits rot-grüner Koalitionen oder der Rede, Grün sei das neue Rot –, aber wie kann ein solcher Konsens aussehen und wie kann er dauerhaft gemacht werden angesichts der Neigung politischer Parteien, ständig nach dem nächsterreichbaren politischen Vorteil zu streben?

Staatliche Planung war in den Ländern der westlichen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg für zwei oder drei Jahrzehnte *en vogue* – besonders auf Seiten der politischen Linken. Und natürlich war staatliche Planung die Grundlage der Wirtschaft in den Gesellschaften sowjetischen Typs. Legendär ist der Marshall-Plan, der eine entscheidende Rolle für den Wiederaufbau der Wirtschaft und des Wohlstands im westlichen Nachkriegs-europa spielte. Damals verstand man unter »Planung« normalerweise eine hochgradig zentrale Lenkung durch den Staat im Interesse des allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstandes und der sozialen Gerechtigkeit. In den gemischten Volkswirtschaften des Westens bedeutete das eine zum erheblichen Teil verstaatlichte Wirtschaft, insbesondere in den Branchen, die als strategisch bedeutsam galten, wie die Bereiche Energieversorgung, Kommunikation und die Montanindustrie. Diese Variante der Planwirtschaft geriet jedoch später in Verruf, ebenso wie die »Städteplanung«, namentlich die Projektierung ganzer Stadtviertel, die dann gleichsam über Nacht hochgezogen wurden.

Als die Gegenrevolution einsetzte, die mit weitreichenden Privatisierungen und einer nur noch minimalen makroökonomischen Steuerung einherging, geriet das bloße Wort »Planung« unter Verdacht und ist es bis vor kurzem geblieben. Doch wenn wir auf systematische Weise über die Zukunft nachdenken – im Sinne eines Bemühens, diese Zukunft zu gestalten oder ihr eine Richtung zu geben –, ist Planung, in welcher Form auch immer, unverzichtbar. Die Nachkriegszeit war eine Phase des Wiederaufbaus, in der große Investitionen getätigt werden mussten, um eine durch immense materielle Schäden gekennzeichnete Situation zu überwinden. Der Marshall-Plan war in der Tat ein großer Erfolg – vor allem deshalb beruft sich Al Gore so ausdrücklich auf ihn. Planung wird oft mit einer Neigung zum Utopismus assoziiert. So wie die politische Stimmung sich zu einer gewissen Zeit gegen die Wirtschaftsplanung kehrte, drehte

sie sich auch gegen »utopistische« Zukunftsentwürfe. Wenn wir uns freilich aller utopistischen Entwürfe enthalten würden, gäbe es keine Ideale mehr, nach denen wir streben könnten.

Viele Spielarten staatlicher Wirtschaftsplanung wurden tatsächlich noch in der Zeit praktiziert, in der die Idee der Planung schon weitgehend diskreditiert war. So sahen und sehen sich Staaten verpflichtet, demographische Veränderungen im Auge zu behalten, um in Bereichen wie Bildung, medizinische Versorgung und Renten künftige Bedarfsgrößen abschätzen zu können. Staaten müssen ebenfalls den Ausbau von Schienenwegen und Straßen gemäß dem voraussichtlichen Verkehrsaufkommen planen. Notfallpläne müssen bereitliegen für den Fall dieser oder jener denkbaren Katastrophe. Und während »Retortenstädte« aus der Mode kamen, wurde Stadtplanung in der einen oder anderen Form weiterhin praktiziert. (Und selbst die »Retortenstadt« feiert inzwischen ein Comeback, diesmal in Gestalt von Öko-Siedlungen.) Natürlich lassen sich Lehren aus den Erfolgen und Misserfolgen solchen Planens wie auch ehrgeizigerer Projekte ziehen.

Es ist heute ein Gemeinplatz, über den modernen Staat zu sagen, er solle ein »aktivierender Staat« (*enabling state*) sein, und dieses Postulat passt sicher auf die politische Bewältigung des Klimawandels. Wenn der Planungsgedanke eine Renaissance erlebt, dann sicher nicht in Form einer Rückkehr zum grobschlächtigen Staatsinterventionismus alter Mächte mit all den Problemen, die er nach sich zog. Der Staat sollte seine Aufgabe darin sehen, einen zweckmäßigen regulatorischen Rahmen bereitzustellen, der geeignet ist, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte zu lenken, die wir brauchen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel in Gang zu setzen. Ich ziehe das Konzept des »Gewährleistungsstaats« (*ensuring state*) dem des »aktivierenden Staates« vor. Letzteres suggeriert die Vorstellung eines Staates, der sich darauf beschränkt, andere zum Handeln zu stimulieren und sie dann machen zu lassen. Der Gewährleistungsstaat hingegen ist ebenfalls aktivierend, jedoch angehalten oder verpflichtet, sicherzustellen, dass die in Gang gebrachten Prozesse auch die gewünschten Resultate haben – im Fall des Klimawandels etwa, dass beschlossene Ziele für die Verringerung von Emissionen auch erreicht werden.

Was ist unter einer »Rückkehr zur Planung« im Kontext des Klimawandels zu verstehen? Vor allem, dass man die Dinge langfristig betrachtet, mit einem Zeithorizont, der sich drei oder mehr Jahrzehnte in die Zu-

kunft erstreckt. Wenn der Klimawandel wirklich, wie es im Stern-Report heißt, »das größte Beispiel aller Zeiten für Marktversagen« ist,² dann vor allem deshalb, weil der Markt keine Zukunftsvision kennt. Gewiss lassen sich Marktkräfte für die Steuerung langfristiger Prozesse nutzen – man denke etwa an Rentensysteme oder Lebensversicherungen –, aber es bedarf dafür immer eines regulatorischen Rahmens, den normalerweise der Staat bereitstellt.

Planung impliziert des weiteren, dass die Anliegen des Umweltschutzes in alle staatlichen Instanzen eingebracht werden, sei es auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene, und dass alle staatlichen Institutionen die Belange des Umweltschutzes zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren. Anders ausgedrückt: Antworten auf den Klimawandel zu geben, ist nicht bloß eine staatliche Aufgabe unter vielen, die man einer speziellen Behörde zuweisen könnte; vielmehr muss diese Aufgabe in das gesamte Regierungshandeln integriert werden, quer durch alle Kompetenzbereiche.

In Kombination mit anderen Einrichtungen wird der Staat das Schlüsselmedium für die Schaffung internationaler Vereinbarungen sein (einschließlich der Errichtung einer transnational funktionierenden Emissionsbörse für Treibhausgase), die wir zur Bekämpfung des Klimawandels brauchen – und auch für deren Durchsetzung, weil es (teilweise mit Ausnahme der EU in Bezug auf ihre Mitgliedsstaaten) keine andere Instanz gibt, die die Macht dazu besäße. Da die Rede von Planung in so vielerlei Hinsicht missverstanden werden könnte, möchte ich noch einmal betonen, dass in keinem dieser Bereiche der Staat alleine vorgehen würde; seine Rolle würde sich vielmehr im Normalfall darauf beschränken, anderen Anreize zum Handeln zu geben und durch die Bereitstellung notwendiger Instrumente die Wirksamkeit dieses Handelns hinsichtlich beschlossener Klimaschutzziele sicherzustellen.

Wie planen wir für eine Zukunft, die ihrem Wesen nach ungewiss ist, und wie können wir es auf eine Weise tun, die geeignet ist, Risiken zu minimieren, die wir im Voraus nicht genau kennen und daher nicht exakt berechnen können (oder erst dann, wenn es zu spät ist und die antizipierten Gefahren bereits eingetreten sind)? Eines der Dinge, die wir eindeutig nicht machen sollten, ist zu versuchen, die Zukunft in eine Zwangsjacke zu stecken, wie es die sowjetischen Planer einst vorexerziert haben. Der Staat muss, um diesen Irrweg zu vermeiden, primär als katalytische Kraft agieren, um Innovationen und Experimente zur Milderung des Klima-

wandels zu fördern, muss sich aber auch der Verantwortung stellen, diese Entwicklungen zu überwachen und, wo nötig, zu gestalten. Wir können (hoffentlich) mit einem gewaltigen Output an Innovationen durch Privatunternehmen und Gruppen des Dritten Sektors rechnen.

Technologien werden bei der Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung sein. Wir haben freilich gelernt, dass der Verlauf technischer Innovationsprozesse schwer vorhersehbar ist – viele der wichtigsten Innovationen, die heute unser Leben prägen, wie das Internet, kamen aus unvermuteter Richtung. Eine Schlüsselfrage, der wir uns stellen müssen, lautet: Wie können Staaten Innovationen fördern, ohne »verlorene Wetten« auf Technologien abzuschließen, die sich vielleicht irgendwann als Sackgassen entpuppen?

Wir werden eine Politik des Adaptierens brauchen, denn die Auswirkungen des Klimawandels haben uns schon erreicht und werden sich wahrscheinlich noch verstärken, selbst wenn es gelingt, die Treibhausgas-Emissionen weltweit zu senken, denn diese Gase haben eine lange Verweildauer in der Erdatmosphäre. Jedes Land sollte über eine detaillierte Abschätzung seiner Verwundbarkeiten verfügen und Notfallpläne für den Katastrophenfall in der Schublade haben. Eines der größten Probleme verbindet sich jedoch mit der Frage, woher der Versicherungsschutz kommen soll. Der Staat ist schon heute der Versicherer letzter Instanz für manche Schadensfälle. Wenn er künftig diese Rolle auf neue und größere Risiken ausweitet, muss man sich fragen, woher die Mittel für deren Abdeckung kommen sollen. Eines der auffälligsten Phänomene, die sich nach dem Wirbelsturm Katrina in New Orleans beobachten ließen, war, dass die staatlichen und behördlichen Instanzen, die mit der Bewältigung der Katastrophe befasst waren, jeweils versuchten, die primäre Verantwortung auf die jeweils anderen abzuwälzen. Die bisher aufgebrachten Geldmittel, einschließlich der Zahlungen privater Versicherungsunternehmen, bewegen sich weit unterhalb dessen, was nötig wäre, um die Stadt wieder zu dem zu machen, was sie vor dem Wirbelsturm war.

Es ist absehbar, dass eine Politik, die auf eine Renaissance des Planens setzt, auf große Widerstände stoßen wird. Das Planungsgesetz, das derzeit im britischen Parlament debattiert wird (Planning Bill 2007-08)³, hat bereits viel Widerspruch auf sich gezogen, obwohl es darin hauptsächlich um Planungen auf kommunaler Ebene geht. Es ist nicht klar, wie sich die Bestimmungen dieses Gesetzes zu dem Bekenntnis der britischen Regie-

rungen zu Dezentralisierung und lokaler demokratischer Selbstbestimmung verhalten. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Antworten, die wir darauf geben müssen, erscheint die Logik, die dem Gesetz innewohnt, freilich folgerichtig – es wird schlicht und einfach nötig sein, Wege zu finden, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Planungen durchzusetzen (eine Aussage, hinter der sich, wie ich wohl weiß, ein ganzer Rattenschwanz von Problemen verbirgt).

Einen parteienübergreifenden Konsens für eine Klimawandel-Politik zustandezubringen und aufrechtzuerhalten, würde sehr helfen, eine Langzeitperspektive in die Politik einzubringen. Die »All Party Parliamentary Climate Change Group« ist in dieser Frage mit sehr hilfreichen Aussagen hervorgetreten, die auf einige der hier bereits benannten Dilemmata verweisen.⁴ Ein auf der Konkurrenz zwischen Parteien beruhendes politisches System lässt sich nicht ohne weiteres mit langfristigem Denken vereinbaren, denn überall dort, wo aus sachlichen Gründen gebotene Maßnahmen zum Klimaschutz unpopulär sind, könnte die eine oder andere Partei um des politischen Vorteils willen dem Populismus verfallen. Ähnlich wie Kritiker es dem IPCC vorhalten, könnte ein parteienübergreifender Konsens sich zu einem Dogma verhärten, das womöglich zum Hemmschuh für neue, radikalere Ideen würde. Wir müssen versuchen, zu entscheiden, was für einen Konsens wir erreichen wollen. Colin Challen, der Vorsitzende der Allparteiengruppe, hat detaillierte Vorschläge dafür unterbreitet, wie sich die verschiedenen strittigen Fragen lösen ließen. Er spricht sich dafür aus, eine permanente parteienübergreifende Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, einen Rahmen für künftige Klimaschutz-Politik zu erarbeiten. Die Sitzungen dieser Kommission sollen öffentlich stattfinden und ihre Empfehlungen zu einem geeigneten Zeitpunkt einem Referendum unterworfen werden, um dem gesamten Prozess Legitimität zu verleihen.

Auf jeden Fall werden wir eine übergreifende Perspektive brauchen, um die aufgeworfenen Fragen in ein stimmiges Konzept integrieren zu können. Wie könnte eine politische Philosophie, die sich der Bekämpfung der globalen Erwärmung verschreibt, aussehen? Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als biete die Umweltschutzbewegung diese Philosophie bereits an. »Grün werden«, lautet heute das anerkannte Motto, wann immer es um Maßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung geht. Begriffe aus dem gedanklichen Repertoire der Umweltbewegung,

wie beispielsweise das Vorsorgeprinzip, erfreuen sich weiter Verbreitung. Tatsächlich jedoch ist das Verhältnis zwischen dieser Bewegung und der ergrünenden orthodoxen Politik durchaus problematisch. Viele grüne Gruppierungen haben der politischen Betätigung im herkömmlichen Sinn eine Absage erteilt. So stritten die deutschen Grünen jahrelang darüber, ob sie eine klare politische Führung haben und im Parlament repräsentiert sein sollten. Und das Vorsorgeprinzip ist von Kritikern weitgehend ausgehöhlt worden.

Einige dieser Gruppen haben ihre Wurzeln im Naturschutz – in der Idee, dass wir die Natur vor der zerstörerischen Ausbeutung durch den Menschen bewahren müssen. Freilich kann es ein »Zurück zur Natur« als Leitidee einer künftigen Umweltpolitik nicht geben. Wir leben in einer Welt, die in vielerlei Hinblick jenseits der Natur liegt, in der die menschlichen Eingriffe in das, was einmal die natürliche Welt war, so tiefgreifend sind, dass es keinen Weg zurück gibt. Die politischen und philosophischen Implikationen des Rückzugs der Natur sind erheblich. Sie erstrecken sich weit über die Folgen des Klimawandels hinaus, wirken aber in mehrfacher Hinsicht auf unser Denken darüber zurück. Die Naturwissenschaft drängt sowohl die Natur in uns als auch die Natur um uns herum zurück. Manche dieser Eingriffe haben heftige Abwehrreaktionen ausgelöst, weil sie tief in unsere Körperlichkeit und unseren Reproduktionszyklus eingreifen – man denke zum Beispiel an die Kontroversen über die Embryologie.

Ich habe kein Problem mit der Idee, dass wir uns schrittweise auf einen grünen Staat zubewegen sollten. Prinzipiell lässt sich ein grüner Staat einfach definieren. Er ist ein Staat, der in Übereinstimmung mit grünen Werten handelt. Das Schlüsselproblem besteht darin, diese Werte zu institutionalisieren, und zwar so, dass sie mit anderen Werten (wie etwa dem der sozialen Gerechtigkeit) harmonisieren. Wir müssen aber auch festlegen, was grüne Werte eigentlich sind. Die meisten grünen Parteien und Organisationen äußern sich zu dieser Frage diffus. »The Global Greens« ist der Name eines internationalen Netzwerks grüner Parteien und politischer Bewegungen. Es hat eine Charta veröffentlicht, die in Anlehnung an die Positionen seiner Mitglieder definiert, was grüne Werte sind. Die angeführten Werte haben eine enorme Bandbreite, sie reichen von ökologischen Bekenntnissen (»Wir erkennen die Weisheit der eingeborenen Völker dieser Welt an«) bis zu Forderungen nach partizipatorischer De-

mokratie, nach Respekt vor der Artenvielfalt und nach Nachhaltigkeit und Gewaltlosigkeit. Einige dieser Ideale haben offensichtlich nicht das Geringste mit grünen Werten zu tun. Selbst grüne Schlüsselbegriffe wie Nachhaltigkeit sind notorisch schwer zu definieren. Hier herrscht ein hoher Klärungsbedarf.

Ein grundlegendes Problem besteht darin, Änderungen unseres Lebensstils durchzusetzen, die zu niedrigeren Emissionen führen. Wie können Regierungen und andere Akteure die Menschen dazu bringen, Lebensgewohnheiten zu ändern oder aufzugeben, die ihnen womöglich zur zweiten Natur geworden sind? Zwei Probleme erscheinen besonders schwer lösbar: Wie können wir die Neigung der Menschen zum Trittbrettfahren reduzieren, wo es doch so leicht ist, zu sagen: »Das Problem sollen andere lösen.« Und wie können wir der Neigung der meisten Menschen entgegenwirken, die Zukunft auf die leichte Schulter zu nehmen – wo es ihnen doch, wie psychologische Studien gezeigt haben, schwer fällt, der Zukunft einen vergleichbaren Realitätswert beizulegen wie ihren gegenwärtigen Bedürfnissen und Interessen?

Die Debatte über den Klimawandel handelt auf ganz grundlegende Weise von Risiken und deren Einschätzung. Wir wissen nämlich nicht und können nicht wissen, wie die Welt in zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren aussehen wird, und müssen daher (wie das IPCC es tut) von Wahrscheinlichkeiten und möglichen Szenarien reden. Aus meiner Sicht sind die Gefahren, die die Radikalen unter den Klimawandel-Warnern an die Wand malen, real; wir können indes keine apodiktischen Aussagen machen – nicht ehe es schon zu spät ist und die Katastrophe sich schon ereignet hat. Doch wie können wir der breiten Öffentlichkeit eine Vorstellung von den Feinheiten der Risikoanalyse vermitteln? Welche Rolle können und sollen dabei die Medien spielen?

Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Öffentlichkeit sich dazu bewegen lässt, sich voll hinter die Klimawandel-Politik zu stellen, wenn eine solche Politik sich ausschließlich auf Negatives stützt – will sagen auf die Reduzierung abstrakter künftiger Gefahren. Könnten wir nicht positivere Umweltwerte entwickeln? Es gibt genug Überschneidungen zwischen umwelt- und gesundheitspolitischen Zielvorstellungen, wie etwa die Forderung, weniger zu fahren und mehr zu Fuß zu gehen. Wie lassen sie sich auf eine Weise zusammenspannen, die dem Wahlvolk einleuchten und gefallen würde?

Politische Lösungen

Jeder Versuch, den Klimawandel einzudämmen, wirft eine große Zahl politischer Fragen auf, darunter die vielleicht grundlegendste: Bis zu welchem Grad sind Wachstum und Nachhaltigkeit (wie immer wir diesen vertrackten Begriff definieren) miteinander vereinbar? Ich möchte ein paar Anmerkungen zu lediglich drei Aspekten dieser Frage wagen: Was sollte die Rolle einer grünen Steuerpolitik sein? Inwieweit sind grüne Steuern mit dem Gebot vereinbar, soziale Gerechtigkeit zu bewahren oder zu verbessern? Und welche Konsequenzen ergeben sich aus den Überlappungen zwischen Klimawandel und Energiepolitik?

Was genau sind grüne Steuern? Die Antwort ist nicht so einfach, wie man meinen könnte.

– Wir können eine Unterscheidung treffen zwischen Steuern, deren Aufkommen ganz oder teilweise für Zwecke des Umweltschutzes ausgegeben wird, und solchen, deren Aufgabe darin besteht, das Verhalten von Menschen in Richtung auf größere Vereinbarkeit mit grünen Zielen zu beeinflussen. Steuern, die zum Beispiel in die Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien investiert werden, fallen in die erstgenannte Kategorie. Steuern, mit denen Menschen dazu gebracht werden sollen, auf Fahrzeuge mit günstigeren Verbrauchswerten umzusteigen, die Zahl ihrer jährlich im Auto zurückgelegten Kilometer zu verringern, ihre Häuser besser zu isolieren etc., fallen in die zweite.

– Wir sollten anerkennen, dass bestehende Steuern, die ursprünglich nicht im Hinblick auf grüne Ziele eingeführt worden sind, solchen Zielen dennoch dienlich sein können – in diesem Sinn können wir sie als grüne oder »grünliche« Steuern bezeichnen. So können Steuern, deren Erträge in den Schienenverkehr investiert werden, wünschenswerte Auswirkungen für die Umwelt zeitigen, auch wenn dieser Gesichtspunkt bei ihrer Einführung keine Rolle spielte.

– »Antigrüne« Steuern müssen, wenn man die Implikationen einer bestehenden Steuerstruktur für die Umwelt bewertet, ebenso aufmerksam betrachtet werden wie grüne Steuern. Wir dürfen uns nicht ausschließlich auf letztere konzentrieren, sondern müssen auch solche Aspekte der gegenwärtigen Steuerpolitik untersuchen, die grünen Zielen zuwiderlaufen. Manche »antigrünen« Steuerregelungen mögen auf den ersten Blick erkennbar sein, wie die Tatsache, dass Flugzeugbenzin von den Steuern befreit ist, die auf die Treibstoffe anderer Verkehrsmittel erhoben werden. Anderswo wirkt die »antigrüne« Tendenz vielleicht eher im Verborgenen, etwa dort, wo der Staat die Plazierung von Einkaufszentren und Supermärkten dem freien

Markt überlässt, ohne dass die Implikationen für den Autoverkehr mitbedacht werden.

- Im Licht dieser Überlegungen sollten wir grüne Steuern nicht isoliert vom fiskalischen System als Ganzem betrachten, wie es in Diskussionen oft der Fall ist. Anders gesagt, die Überprüfung des Steuersystems auf seine Grün-Verträglichkeit ist genauso wichtig wie die Einführung neuer grüner Steuern.
- Was nun Steuern betrifft, die das Verhalten verändern sollen, sollten wir eine Unterscheidung treffen zwischen steuerlichen Anreizen und »Strafsteuern«, zwischen Zuckerbrot und Peitsche. Grüne Steuern sollten für den Bürger transparent sein, weil sie ansonsten möglicherweise den beabsichtigten Zweck verfehlen.

Allgemein können wir sagen, dass sich bei grünen Steuern, wenn sie möglichst gute Erfolgsaussichten haben sollen, mehrere der gerade erwähnten Qualitäten verbinden sollten. So sollten sie: ausdrücklich als grüne Steuern deklariert werden; auf die Veränderung von Verhaltensweisen ausgerichtet sein, seien es Verhaltensweisen von großen gesellschaftlichen Akteuren wie Wirtschaftsunternehmen oder von möglichst vielen individuellen Bürgern; nach Möglichkeit eher positive (d.h. Anreize bietende) als negative (d.h. bestrafende) Steuern sein, weil Anreize ihre Wirksamkeit aus positiven Motivationen schöpfen; Bestandteil einer übergreifenden grünen steuerpolitischen Strategie sein; in ihren Konsequenzen für die Umwelt nachvollziehbar und offensichtlich sein.

Eine grüne Reform des Steuersystems ist mit Problemen befrachtet, namentlich was ihre gesellschaftliche Akzeptanz betrifft. Die Theorie der ökologischen Modernisierung hat heute einen gewissen Kredit. Sie kann sich darauf berufen, dass durch Investitionen in Umwelttechnik und andere Innovationen, die grünen Zielen dienen, Arbeitsplätze geschaffen und Gewinne erzielt werden können. Hingegen verursachen Investitionen, die der Eindämmung des Klimawandels dienen, zumindest nach heutigem Stand der Dinge nicht unbeträchtliche volkswirtschaftliche Kosten, und seien es nur ein oder zwei Prozent. Diese Kosten werden die Hersteller und die Steuerzahler erbringen müssen. Bis zu welchem Grad die Öffentlichkeit grüne Steuern akzeptiert, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, sie davon zu überzeugen, dass es hier und jetzt sinnvoll und notwendig ist, die betreffenden Ausgaben zu tätigen. Wie Umfragen zeigen, sind zumindest in Großbritannien viele Menschen davon noch nicht

überzeugt – ähnliche Erhebungen in anderen Ländern weisen in dieselbe Richtung. Dass grüne Steuern im Kampf gegen den Klimawandel eine bedeutsame Rolle spielen werden, scheint sicher, aber ihr Erfolg oder Misserfolg wird von Wechselwirkungen mit weiterreichenden Entwicklungen im Denken und Handeln abhängen.

Die meisten derzeit geführten Diskussionen über grüne Steuern bewegen sich auf der Ebene der Frage, was »erreicht werden könnte« – bleiben, anders gesagt, hypothetisch. Dennoch sind solche Debatten wichtig, dienen sie doch der Auslotung der Parameter, innerhalb derer sich grüne Steuern in der unmittelbaren Zukunft bewegen könnten. So sind zum Beispiel »tax swaps« in verschiedenen nationalen Kontexten detailliert durchgerechnet worden: Sie können helfen, einerseits öffentliche Zustimmung zu gewinnen, und andererseits zu vermeiden, dass grüne Steuern einen regressiven Effekt haben, also höhere Einkommen entlasten. (...)

Fahleute schlagen eine CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe vor. Wenn wir annehmen, sie sei mit 55 US-Dollar pro Tonne angesetzt und werde bereits seit 2005 erhoben, dann ergäbe sich folgende Berechnung: Unter Berücksichtigung kurzfristiger Nachfrageschwankungen, die die Einführung einer solchen Steuer wahrscheinlich nach sich ziehen würde, hätte sie 78 Milliarden US-Dollar eingebracht – was erlauben würde, die Lohn- und Einkommenssteuern um fast 11% zu senken. Den größten Vorteil hätten davon Arbeiter der untersten Lohngruppen, deren Lohnsteuer sich um bis zu 75% verringern würde. Die am besten verdienenden unter den Lohnsteuerpflichtigen würden um rund 4% entlastet. Die CO₂-Steuer könnte zu einem späteren Zeitpunkt erhöht werden, um den Effekt auszugleichen, dass sie mit wachsendem Erfolg weniger Einnahmen generiert. Die »doppelte Dividende« dieser Steuer könnte natürlich weitgehend verlorengehen, wenn die Hersteller die Zusatzkosten in Gestalt von Preiserhöhungen an die Verbraucher weitergäben. Die Forschung zeigt jedoch, dass ärmere Haushalte immer noch überproportional profitieren würden. (...)

Brauchen wir grüne Steuern eigentlich überhaupt, wenn die Öl- und Gaspreise hoch bleiben oder sogar noch weiter steigen? Erfüllen diese nicht dieselbe Funktion wie grüne Steuern? Wird es nicht notwendig sein, bei weiter steigenden Energiepreisen den Ärmern Zuschüsse zu gewähren? Auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Gewiss sind hohe Preise funktionell äquivalent zu grünen Steuern und werden zu Ver-

haltensänderungen im Sinne einer sparsameren Lebensführung und einer effizienteren Energienutzung führen, ganz abgesehen davon, dass sie einen starken Anreiz zur Entwicklung neuer Energiespartechniken mit sich bringen.

Ein gravierender Unterschied zu grünen Steuern besteht darin, dass hohe Energiepreise keine stetigen Einkünfte für den Staat generieren, dafür aber umfangreiche neue Kosten und daher ein hohes Inflationspotential, das irgendwie aufgefangen werden muss. Dazu kommt, dass die Entwicklung von Öl- und Gaspreisen im Wesentlichen unvorhersagbar ist. Es besteht auch die Gefahr, dass höhere Preise eine Rückkehr zu einer stärkeren Nutzung von Kohle bewirken. Wir werden also auf jeden Fall grüne Steuern brauchen, aber in welchen Bereichen und in welcher Ausprägung – ob eher als Anreize bietende oder eher als strafende Steuern –, wird sicher stark davon abhängen, was sich an den globalen Energiemärkten tut.

Auf jeden Fall muss die Debatte über den Klimawandel mit der über eine sichere Energieversorgung verknüpft werden. Auch da erwartet den Staat eine tragende Rolle. Die zugrundeliegenden Faktoren sind teilweise identisch. So trägt zum Beispiel das rapide Wirtschaftswachstum in einigen Schwellenländern, namentlich in China, erheblich zur Produktion von Treibhausgasen bei und strapaziert zugleich die zur Verfügung stehenden Energieressourcen. Wie lange es noch dauern wird, bis bei den Öl- und Gasvorkommen der Erde der Höhepunkt der Förderung erreicht ist, darüber streiten die Experten heftig. Bis vor kurzem lautete die konventionelle Auffassung, wir könnten bei Öl und Gas selbst unter Berücksichtigung des Energiebedarfs der aufstrebenden Industrieländer noch mindestens drei oder vier Jahrzehnte aus dem Vollen schöpfen.

Eine wachsende Zahl von Kritikern – man könnte sie die »Energie-Radikalen« nennen – bestreitet dies. Nach ihrer Ansicht lautet die »unbequeme Wahrheit«, dass Öl und Erdgas – und vielleicht sogar die Kohle, von der es eigentlich immer hieß, sie sei im Überfluss vorhanden – ihr Fördermaximum in naher Zukunft erreichen werden. Dass wir in eine Phase eintreten, die durch schrumpfende Energiereserven und steil ansteigende Energiepreise gekennzeichnet ist, könnte im Kontext des Klimawandels auf den ersten Blick als ein positives Moment erscheinen. Hohe Preise für Öl und Gas sorgen schließlich dafür, dass Investitionen in erneuerbare Energien rentabler werden; zudem steigt damit die Moti-

vation für den Staat, solche Investitionen zu fördern und seine Bürger von einem sparsameren Umgang mit Energie zu überzeugen.

Auf der anderen Seite könnte eine Situation, in der die globale Energieförderung kurz vor dem Maximum steht, auch bedrohlich für die Stabilität der Weltordnung und für die Hoffnungen auf eine Eindämmung des Klimawandels werden. Die moderne Industriegesellschaft stützt sich in starkem Maß auf Öl und Gas, nicht nur im Hinblick auf Energieversorgung, sondern auch insofern, als in einen großen Teil der Industrieprodukte, die zu unserem Alltagsbedarf gehören, Öl oder Gas als Komponenten einfließen. Über 90% aller Waren, die in unseren Läden stehen, sind auf die eine oder andere Weise unter der Verwendung von Öl und Gas hergestellt. Wir haben schlicht keine Chance, die Abhängigkeit von diesen Ressourcen kurzfristig zu überwinden, gleich, wie gut es uns gelingen mag, sie zu verringern. Eine gravierende und anhaltende Erdölknappheit könnte ein wirtschaftliches Chaos auslösen, nicht nur in den davon direkt betroffenen Ländern und Regionen, sondern in der Weltwirtschaft als Ganzer.

Der Klimawandel und Großbritannien

Die oben aufgeführten Themen und Probleme stellen eine gewaltige Herausforderung dar. Ihr muss sich jedes Land stellen, das nach Antworten auf den Klimawandel sucht. Mit der bemerkenswerten Ausnahme der Vereinigten Staaten unter der Bush-Regierung haben alle Industrieländer sich zu der Verpflichtung bekannt, Emissionen zu reduzieren, und haben Programme entwickelt, die helfen sollen, dieses Ziel zu erreichen. Zu den ehrgeizigsten Akteuren, gemessen an den bisher erklärten politischen Maßnahmen, gehört Großbritannien, ein Land, das als eines der wenigen auf dem besten Weg scheint, seine Kyoto-Ziele zu erreichen – so bescheiden diese erscheinen mögen im Verhältnis zu den Emissionsminderungen, die nach vorherrschender Meinung notwendig sein werden, um den Klimawandel in erträglichen Grenzen zu halten. Großbritannien eignet sich insofern als Testfall dafür, welche Chancen und Probleme eine Klimapolitik auf nationaler Ebene in sich birgt.

Das Klimawandel-Gesetz (*Climate Change Bill*) wurde just zum Zeitpunkt der Niederschrift des vorliegenden Textes vom britischen Parlament verabschiedet, zusammen mit einem neuen Energiegesetz (*Energy*

Bill). Das Klimawandel-Gesetz markiert für die Labour-Regierung, die bis dahin in Umweltfragen im Allgemeinen – und in der Bekämpfung der globalen Erwärmung im Besonderen – allenfalls eine mittelmäßige Bilanz aufzuweisen hatte, eine neue Qualität der Zielvorgaben. Es führt erstmals gesetzliche Mindestwerte für die Emissionsminderung ein (die zum Teil EU-Vorgaben reflektieren). Bis zum Jahr 2050 sollen die Emissionen um mindestens 60% gesenkt werden, bezogen auf den Standard des Jahres 1990. Ein Bericht, genannt »UK Risk Report«, soll alle fünf Jahre erstellt und vom Parlament überprüft werden, zusammen mit den fortlaufend erhobenen Resultaten eines Adaptierungsprogramms. Für die einzelnen Fünfjahreszyklen soll jeweils ein CO₂-Budget erstellt werden.

Es wurde ein Ausschuss gebildet, das »Committee on Climate Change«, der die Regierung bei der Festlegung der CO₂-Budgets beraten und sie damit auf den optimalen Weg zu den Emissionsminderungszielen lotsen soll. Eine der ersten Aufgaben des Ausschusses wird darin bestehen, abzuschätzen, ob die für 2050 angepeilte CO₂-Reduktion womöglich zu gering angesetzt ist – nach verbreiteter Erwartung wird sie von 60% auf 80% erhöht werden müssen. Der Ausschuss wird auch in anderen Fragen prüfend und beratend tätig sein, etwa in Bezug auf die Möglichkeit, den internationalen Flug- und Frachtverkehr in die Reduktionsziele einzubinden und letztere auf eigenem Boden zu erreichen, nicht nur über den internationalen Emissionshandel. Das Gesetz schreibt vor, Emissionen, die auf das Konto des internationalen Reiseverkehrs oder des Im- und Exports von Gütern gehen, innerhalb der ersten fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes in die Reduktionsziele einzubauen. Der Ausschuss wird sich ferner eine Meinung darüber bilden, ob zusätzlich zu CO₂ auch andere Treibhausgase (man schätzt deren Anteil am Gesamtbeitrag Großbritanniens zum Klimawandel auf 15%) in die Reduktionsziele einbezogen werden sollten.

Die neuen Gesetze enthalten Bestimmungen, die das Ansammeln von Emissionsguthaben (auch als »Banking« bezeichnet) und das Aufnehmen von Emissionskrediten (»Borrowing«) von einer CO₂-Budget-Periode zur nächsten erlauben. Solche Emissionskredite sind allerdings auf ein Prozent des nächstfolgenden CO₂-Budgets begrenzt. Die Möglichkeit des »Banking« soll einen Anreiz schaffen, innerhalb eines Fünfjahreszeitraums die gesteckten Ziele zu übertreffen, oder soll mindestens Negativanreize verhindern, die ansonsten greifen könnten, wenn ein festgelegtes Reduzie-

rungsziel deutlich vor Ablauf des betreffenden Budgetzeitraums erreicht wird. Es besteht Einigkeit darin, dass die Minderung des CO₂-Ausstoßes etwas kostet und unter sonst gleichbleibenden Bedingungen die Energiepreise (und damit auch andere Preise) beeinflussen wird. Das Europäische Emissionshandel-Programm zeitigt bereits heute eine derartige Wirkung in Großbritannien, weil Kraftwerksbetreiber entstehende Sonderkosten an die Verbraucher weitergeben dürfen. Die Experten gehen davon aus, dass die Kostensteigerung für die Verbraucherhaushalte nicht erheblich sein wird, aber doch groß genug, um vielleicht als Anreiz für das Energiesparen zu fungieren. Sollte sich freilich herausstellen, dass das Hoch bei den Öl- und Gaspreisen keine Blase ist, sondern zum Dauerzustand wird, wird dieser Effekt aufgehoben.

Dass das Energiegesetz eine unmittelbare klimapolitische Bedeutung hat, liegt auf der Hand. Öl und Gas aus der Nordsee haben den Energiebedarf Großbritanniens in den letzten 20 Jahren weitgehend gedeckt, aber jetzt gehen die Vorkommen allmählich zur Neige. Die meisten britischen Kernkraftwerke werden, ebenso wie einige mit Kohle betriebene Anlagen, um das Jahr 2020 herum das Ende ihres Lebenszyklus erreichen. Nicht weniger als ein Drittel der britischen Stromerzeugungskapazität muss zu diesem Zeitpunkt ersetzt sein. Derzeit stammen mehr als 30% aller britischen CO₂-Emissionen aus der Stromerzeugung. Das Land hat eine herkulische Aufgabe zu lösen, will es das ihm von der EU gesteckte Ziel erreichen, nämlich bis spätestens 2020 seinen Energiebedarf (wozu neben Strom auch Treibstoffe und Heizmaterialien gezählt werden) zu 15% aus erneuerbaren Quellen zu decken. Um das zu erreichen, müsste das Land bis dahin rund 40% seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen – achtmal mehr als heute. Die britische Regierung hat entschieden, dass die Kernkraft ein Bestandteil des künftigen Energiemixes bleiben muss, und hat im Rahmen des Energiegesetzes Pläne für den Bau einer neuen Generation von Atomkraftwerken vorgelegt. Was dann noch fehlt, soll mit einer Verschärfung der »renewables obligation« erreicht werden, der allen Stromerzeugern auferlegten Verpflichtung, einen bestimmten Prozentsatz des von ihnen erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Das Gesetz enthält ferner Bestimmungen, die darauf abzielen, die Entwicklung von Techniken zur Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid zu fördern.

Fazit

Eine Vorstellung von der Dimension der zu lösenden Aufgabe vermitteln die am 22. Juni 2008 veröffentlichten Resultate einer britischen Meinungsumfrage. Der Einfluss der Klimawandel-Skeptiker findet darin einen höchst sichtbaren Niederschlag: 60% aller Briten stimmten der Feststellung zu: »Viele wissenschaftliche Experten haben nach wie vor Zweifel daran, dass der Mensch zur Klimaveränderung beiträgt.« 40% bejahten die Aussage, der Klimawandel sei »vielleicht nicht so schlimm, wie alle sagen«. Während zwei Drittel der Befragten erklärten, sie seien »besorgt« über die globale Erwärmung, äußerte nur eine Minderheit die Bereitschaft, ihre Lebensgewohnheiten zu ändern. Ungefähr gleich viele meinten, der Staat nehme grüne Themen zum Vorwand, um auf breiter Front Steuern zu erhöhen.

Die meisten hier angesprochenen Themen und Probleme werden sich in der einen oder anderen Form in jedem Land stellen, das sich anspruchsvolle Klimaschutz-Ziele setzt, wobei einige Länder vielleicht eine bessere Startposition haben als Großbritannien. Stehen wir deshalb vor einer »Mission Impossible«? Nicht unbedingt, denn wir sollten die Fähigkeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Institutionen nicht unterschätzen, auf Probleme zu reagieren und neue Lösungen zu entwickeln. Immerhin besteht der Witz von »Mission Impossible« darin, dass die Erfüllung des Auftrags am Ende so unmöglich nicht ist.

Aus dem Englischen von Karl-Heinz Siber

Anmerkungen

- 1 Gekürzte Übersetzung eines Papiers, das im September 2008 unter dem Titel »The Politics of Climate Change: National responses to the challenge of global warming« vom Policy Network publiziert wurde, einem internationalen Think Tank, der sich der Erneuerung der Sozialdemokratie verschrieben hat (www.policy-network.net). Wir danken dem Autor für die Erlaubnis zur Publikation.
- 2 Der Stern-Report wurde im Auftrag der britischen Regierung erstellt und im Oktober 2006 veröffentlicht. Nicholas Stern, *The Economics of Climate Change: The Stern Review*, London 2006. Siehe auch www.hm-treasury.gov.uk/sternreview_index.htm
- 3 Siehe <http://services.parliament.uk/bills/2007-08/planning.html>
- 4 Siehe www.carbonneutral.com/features/appg.asp